

Paibacher Zeitung.



Nr. 105.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. R. 11, halbj. R. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. R. 15, halbj. 7-50.

Montag, 10. Mai.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1880.

Amtlicher Theil.

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 23. April 1880, R. 9092, die Weiterverbreitung der in London erschienenen Zeitschrift „Freiheit“ Nr. 12 vom 20. März 1880 wegen des Artikels „Oesterreich-Ungarn“ nach den §§ 300 und 305 St. G., dann wegen der Artikel „Wie man Revolutionsblätter schreibt“, „Was wollen die russischen Revolutionäre?“, „Die Wissenschaft und die Revolution“, „Die revolutionären Märztag“, „An die großherzige französische Nation“, „Ein Schweden“, „Neueste Nachrichten“, „Der spanische Attentäter“ und „Aus Schweden“ nach § 305 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreich und die neue englische Regierung.

Die Stelle eines Ministers des Aeußeren in dem neuen englischen Cabinet hat Lord Granville, ein durch seine Mäßigung und conciliante Formen bekannter Staatsmann, übernommen. Diese Ernennung ist in allen politischen Kreisen Europas mit großer Befriedigung begrüßt worden, weil man von Lord Granvilles Einsicht und Friedensliebe keine Uebereilung, keine ungerichte Parteimahme, keine Billigung von friedensgefährlichen Anforderungen erwartet. Speziell auch in Oesterreich-Ungarn empfindet man beruhigende Genugthuung, daß die Leitung des britischen auswärtigen Amtes einem Manne anvertraut wurde, der weit davon entfernt ist, das Gebiet der auswärtigen Politik etwa zum Tummelplatz ungezügelter Parteileidenschaft zu machen und welcher auch Selbständigkeit genug besitzt, um sich nicht zum willenlosen und gefügigen Werkzeug von Einflüssen herzugeben, die anderes anstreben, als was er zur Erhaltung und Befestigung guter Beziehungen zwischen Großbritannien und Oesterreich für notwendig und ersprießlich hält. Von diesem Standpunkte aus betrachtet offenbar auch der Wiener Correspondent der „Times“ den Amtsantritt Granvilles, indem derselbe unter anderem schreibt: „Die Ernennung des aus seiner früheren Amtszeit bekannten Lord Granville konnte nur zur Beruhigung und zum Vertrauen beitragen. Sein Name allein scheint eine Garantie dafür zu sein, daß die Beziehungen beider Länder auf dem guten Fuße verbleiben, auf welchem sie während seiner früheren Amtszeit beruhten. Obgleich, trotz der Controverse über Oesterreich während der Wahlen, niemand auch nur einen Augenblick daran

dachte, daß das Resultat derselben zur Bildung eines Cabinets führen dürfte, das ein Gefühl der Feindseligkeit gegen Oesterreich zu einem Theil seines Programms machen werde, so hat der ganze Wortstreit doch nicht verfehlt, auf beiden Seiten eine gewisse Unsicherheit bezüglich der gegenseitigen Beziehungen hervorgerufen. Diese Ungewissheit und Zweifel erheischen eine Auseinandersetzung, und wird dieselbe wohl auch in vollem Maße erfolgen. Es scheint, daß die ersten Schritte in dieser Richtung bereits gethan sind und Erfolg versprechen. Je freier und offener der Gedankenaustausch ist, desto früher wird es sich zeigen, daß trotz des Cabinetwechsels keine Gründe zu einem Wechsel der Politik vorliegen. Die ganze Politik Oesterreichs seit dem Berliner Congress hat nur ein einziges Ziel verfolgt, nämlich die stricte Ausfüllung der Berliner Vertragsbestimmungen und damit die rasche und möglichst gründliche Lösung der orientalischen Frage, wodurch eine der größten Gefahren für den europäischen Frieden beseitigt würde. Dies ist die Stimmgabel der österreichischen Politik. Oesterreich kann unmöglicherweise in Opposition mit dem neuen englischen Cabinet kommen, indem es diese Politik verfolgt, da auch nicht im Schlafe daran zu denken ist, daß das Gladstone'sche Cabinet die orientalische Frage abermals zu eröffnen beabsichtige.“

Man darf wohl annehmen, daß diese Auffassung der Situation jener Lord Granvilles vollkommen entspricht. Es sind allerdings an den Gladstone'schen Ausspruch „hands off“ allerlei bedenklich erscheinende Conjecturen bezüglich der Haltung der neuen englischen Regierung gegenüber der von Oesterreich-Ungarn auf Grund des Berliner Vertrages in Bosnien und der Herzegowina übernommenen Mission geknüpft worden. Allein dieselben erweisen sich nach den bereits erfolgten Aufklärungen als grundlose Annahmen. Lord Granville selbst hat, als er die Botschafter empfing, die Versicherung ertheilt, das neue Cabinet werde die von der früheren Regierung eingegangenen Verträge halten, also selbstverständlich in erster Linie den Berliner Vertrag, welcher die Basis für die Position Oesterreich-Ungarns auf der Balkan-Halbinsel bildet. Auch Lord Derby, welcher bekanntlich vor kurzem vollständig der nun am Staatsruder befindlichen Wighpartei sich angeschlossen hat, erklärte in einer Unterredung, die er mit dem Correspondenten der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ hatte, ausdrücklich, die Gladstone'sche Regierung werde alle übernommenen Verträge halten. Die österreichische Sache in Bosnien

stehe auf einer gesetzlichen Basis. Er wünsche, daß England auf bestem Fuße mit Oesterreich stehe; England habe ein geringes Interesse an den Balkanstaaten, welche Oesterreich und Rußland mehr angingen.

So läßt sich denn mit vollem Grund annehmen, daß die Beziehungen Großbritanniens zu Oesterreich-Ungarn auch unter dem Gladstone'schen Regime jenen Charakter haben werden, welcher im Interesse beider als wünschenswert erscheint. Und wenn von mancher Seite vermuthet oder eigentlich befürchtet wird, daß in dieser Beziehung, wie in anderen Fällen, die Ansichten des zum Unterstaatssecretär im englischen Ministerium des Aeußeren ernannten Radicals Sir Charles Dilke den Minister des Aeußeren ungünstig beeinflussen dürften, so ist dies vorläufig doch nur eine Hypothese. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß der Radicalismus Dilkes auf dem Gebiete der praktischen Politik sich an jenen Verhältnissen abstumpfen wird, die sich da mit zwingender Macht geltend machen.

Die Discussion über das Militärtagegesetz.

In treffender Weise illustriren die „Zinsbrücker Nachrichten“ die Art und Weise des Vorgehens gewisser leitender Wiener Organe in Angelegenheit des Militärtagegesetzes. Das Zinsbrücker Blatt schreibt: Das „Vaterland“ fand noch am 14. November v. J., daß die Militärtage „glücklich gewählt worden sei“. Am 25. Februar d. J. erklärte das nämliche Blatt, die Rechte sei aus zwei Gründen gegen dieses Gesetz, weil erstens die ländliche Bevölkerung gegen dasselbe sei, und zweitens das Gesetz vom Landesvertheidigungs-Minister Horst eingebracht wurde, welchem die Rechte das Gesetz aus dem einfachen Grunde nicht bewilligen wolle und werde, da er ein Schülbling des verhassten Ministers Stremayr sei. Und jetzt stimmt die Rechte ungeachtet dieser Kundgebungen ihres Partei-Organes im schroffen Gegensatz zu der Linken einmüthig für dieses Gesetz. Die „Neue freie Presse“ will jetzt wissen, daß die Verfassungspartei deswegen gegen dieses Gesetz sei, weil sie dem gegenwärtigen Cabinet keine neuen Steuern bewilligen wolle. Die „Deutsche Zeitung“ findet es in der Nummer vom 9. November v. J. in einem Leitartikel über die Militärtage ganz billig, daß die 160—170,000 jungen Männer, welche bis jetzt von der „allgemeinen Wehrpflicht“ jährlich befreit werden, als „neues Steuerobject“ herausgezogen werden; nach mehr als fünf Monaten aber sieht sie in der

Feuilleton.

Wiener Skizzen.

7. Mai.

Die ersten Tage dieses „Wonnemonates“ haben mich lebhaft an die sächsische Schweiz erinnert. In dieser wegen ihrer malerischen Reize hochgepriesenen Gegend existiert ein berühmter Wasserfall, der aber nur dann zu sehen ist, wenn in dem dazu gehörigen Reservoir so viel Wasser angesammelt ist, daß der Katarakt mit Erfolg in Scene gesetzt werden kann. Die ersten Maitage haben uns nun all' das Wasser gebracht, das während des April in dem himmlischen Reservoir sich angesammelt hat. Und da es im April wenig geregnet hat, so war der Mai-Wasserfall um so ausgiebiger, die berühmte Mai-Praterfahrt fiel deshalb ungemein kläglich aus, und zu verwundern war es nur, daß überhaupt versucht wurde, eine solche zu bringen. Die durchaus dabei sein wollten, erschienen in geschlossenen Wagen, in Winterröcken und Pelzen, und eine Carrosse, in welcher vier Damen in Frühlingstoilette froren, erregte förmlich ein mitleidiges Lächeln unter den spärlich erschienenen Zuschauern. Einer dieser Zuschauer wendete sich mit den Worten zum Geher: „Nein, diese Praterfahrt ist für die Zuschauer zu schauerlich.“

Schlimmer, viel schlimmer ergieng es der Wiener Garnison, welche am 4. d. M. zu der großen Frühlingssparade vor dem Kaiser auf der Schmelz ausgerückt war, und nota bene ohne Mäntel, im Parade-Waffenrocke. Kaum hatten die Truppen, etwa 15,000 Mann, ihre Stellungen eingenommen, so goß neuerlicher Regen herab, und in weniger als einer Viertel-

stunde war alles, was sich auf dem großen durchweichten Manövrierfelde befand, bis auf die Haut durchnäßt. „Nasser als bis auf die Haut können wir doch nicht werden“, dachten Officiere und Mannschaft während der Parade, die unter strömendem Regen programmäßig da stand, und was einigermaßen tröstete, war, daß auch der Kaiser sammt seiner aus etwa 300 Personen bestehenden Begleitung dasselbe Schicksal über sich ergehen ließ. Tags darauf gewährten die verschiedenen Kasernen Wiens einen gar seltsamen Anblick, aus allen Fenstern hingen die Monturen zum Trocknen, die nächste Umgebung der Kasernen glich einem ungeheuern Tandelmarkte, so massenhaft waren da Waffenröcke, Hosen, Wäsche aufgehängt, und ein witziger Cadet meinte: Die Wiener Garnison habe einmal Generalwäsche gehabt. Allerdings waren die Generale auch am schlimmsten mitgenommen worden, die gelben Schärpen waren ausgewaschen und die grünen Federbüsche auf den Generalschützen ließen die Farbe, welche in breiten Strahlen über die Uniform floß. Die Officiere können die so gründlich durchnäßten Uniformen schwerlich wieder bei einer Parade tragen und sind genöthigt, sich eine neue Parade-Uniform machen zu lassen. Und das hat mit seinem Regen der schöne Mai gethan!

Viel hätte nicht gefehlt, und auch die Enthüllungsfest der Beethoven-Denkmal wäre zu Wasser geworden, indes hatte der Himmel ein Einsehen und stellte für den Vormittag des ersten Mai den kalten Schnürlregen ein. Die Enthüllungsfest war einfach und würdig. Die den Platz nach drei Seiten einschließenden Gebäude, das akademische Gymnasium und drei Privatpaläste, waren festlich mit Fahnen, Teppichen und Guirlanden decoriert, der Platz selbst war umgeben von Flaggenstangen, auf dem Parterre vor

dem verhüllten Denkmal war ein offenes Zelt für die Ehrengäste errichtet, eine Reihe Stühle war für die Damen aufgestellt. Unter den Ehrengästen befand sich auch Beethovens Nichte, die Witwe Carl v. Beethovens mit ihren vier Töchtern. Beim Erscheinen des Erzherzogs Carl Ludwig, welcher den Kaiser vertrat, intonierte die Musik die Volkshymne, die Hülle fiel und das Denkmal präparierte sich in seiner vollen Schönheit. Nun überreichte der Obmann des Comités dem Bürgermeister die Schenkungsurkunde, die derselbe dankend entgegennahm, die Gesangsvereine stimmten den Beethoven'schen Chor „Die Ehre Gottes“ an und mit dem Verklingen dieser prächtigen Tondichtung war auch die Feier zu Ende.

Das von Professor Zumbusch entworfene und modellirte, vom Erzgießer Turbain gegossene Denkmal erinnert insofern an das Denkmal Franz Schuberts im Stadtpark, als auch Beethoven sitzend dargestellt ist. Der Sockel und der dreistufige Unterbau sind von dunklem Tiroler Marmor und vom Steinmetz Ganzwohl ausgeführt. Auf der obersten Staffel vor dem Sockel sind zwei überlebensgroße Figuren, der gefesselte Prometheus und die franzreichende Nike (Victoria), die Verbindung zwischen beiden stellen neun Genien her, allerliebste Kindergestalten. Es heißt, dieselben sollen die hervorragendsten Orchesterwerke Beethovens andeuten, allein ich glaube nicht, daß dies im Sinne des Künstlers lag. Das Denkmal ist sowohl im ganzen als auch im einzelnen ein wirklich schönes Kunstwerk, das vor dem Schiller-Denkmal das voraus hat, daß es im richtigeren Verhältnis zu dem Aufstellungsplatze steht. Nur mit der Aufstellung selbst bin ich und sind viele nicht einverstanden. Beethoven wendet nämlich der offenen Seite des Platzes den Rücken, die Fagade des Denkmals ist den Häusern

Militärtage eigentlich nur eine Art Strafe für die Krüppel.

Das „N. W. Tagbl.“ nennt jetzt die Militärtage in höhniſchem Tone eine „Krüppelsteuer“ und ruft dem Volke in großer Entrüftung zu: „Das ist dein Geſchick! Entweder mußt du zahlen oder bluten!“ Das demokratiſche Blatt argumentiert zur Rechtfertigung ſeines Spottes alſo: Der geſunde Mann zahlt dem Staate die Blutsteuer, und das ist in der Ordnung; aber wie kommt denn ein Menſch dazu, daß er, wenn er ohnehin ſchon körperlich unglücklich iſt, jetzt auch noch für ſeine Krüppelhaftigkeit Steuer zahlen ſoll? Am 18. October v. J. zählte aber das gleiche Blatt mit voller Anerkennung und Zuſtimmung die Erwägungen auf, durch welche der Gedanke der Einführung des Wehrgeldes entſtanden iſt, und hebt dabei beſonders das „Princip der Gleichheit“ hervor, welches ein Aequivalent für die Blutsteuer fordert, das eben in der Militärtage gefunden werde. Man ſieht aus dieſen wenigen Beiſpielen, welchen Wandlungen die Anſichten unſerer maßgebend ſein wollenden Reſidenzblätter im kurzen Zeitraum vom Herbfte bis zum Frühjahr unterworfen ſind.

Oeſterreichiſcher Reichsrath.

90. Sitzung des Abgeordnetenhanſes.

Wien, 7. Mai.

Präſident Coronini eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Der Finanzminiſter überſendet einen Geſetzesentwurf, betreffend die Bedeckung des Abganges im Jahre 1880.

Die Budgetdebatte wird fortgeſetzt. Abgeordneter Proſkowitz weist auf den Rückgang namentlich der Bierconſumtion hin und befürwortet die Einführung der Malzsteuer, wie ſie in Deutſchland beſteht. Abg. Siegl bemerkt, daß das neue Brantweinsteuergesetz den kleinen landwirthſchaftlichen Brennereien das Beſtehen unmöglich mache. Specialreferent Wolfrum befürwortet die Einführung einer Productensteuer für Brantwein und bemerkt, daß die Zuckersteuer nicht in der Weiſe reformiert werden dürfe, daß das fiſcaliſche Intereſſe ohne Vortheil für die Fabrikanten zum Schaden für die Conſumenten preisgegeben wird.

Beim Capitel „Salz“ unterſtützt Abg. Tauſche die vom Budgetauſchuſſe beantragte Reſolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, durch Erzeugung eines im Preise ermäßigten Viehſalzes den Gebrauch deſſelben für die Viehzucht zu ermöglichen. Abg. Grünwald empfiehlt, daß Salz aus Tirol in die benachbarten Länder gebracht werde, da in der Saline Hall große Salzvorräthe vorhanden ſind. Abg. Proſkowitz ſpricht gegen die Ermäßigung des Viehſalzpreiſes, weil dieſelbe zwecklos ſei und dem Aerar nur Nachtheil bringe.

Die obige Reſolution wird angenommen. Zum Capitel „Tabak“ ſpricht Abg. Dr. Roſer. Er beantragt eine Reſolution, betreffend die Erhöhung des Preiſes für feinere Rauch- und Schnupftabakſorten. Abg. Hevera beſpricht die Mittel, durch welche der Tabakbau befördert, der Export gehoben und der Import vermindert werden könnte.

Specialberichtſtatter Abg. Hauſner beſpricht eingehend die vom Auſſchuſſe vorgeſchlagene Reſolution,

betreffend eine angemessene Steigerung des Preiſes gewiſſer Tabakſorten. Redner betont, daß das Tabakgeſälle das einzige Object ſei, bei welchem nach richtigen volkswirthſchaftlichen und ſtaatsfinanziellen Grundſätzen eine Steigerung des Ertrages ſtattfinden könne. Der Beſitz, die Production und die nothwendigen Lebensmittel ſeien ohnehin bis an die äußerſte Grenze beſetzt, während eine Preiſsteigerung bei einen Genuſsmittel wie Tabak wohl einen momentanen Rückſchlag im Erfolge, aber erfahrungsgemäß immer eine Steigerung der Einnahmen im Gefolge habe. Redner beleuchtet an ſtatistiſchen Daten die enormen Einnahmen anderer Länder an dem Tabakgeſälle und hofft, daß auch in Oeſterreich mit Rückſicht auf das Deficit zu dieſem rationellen Mittel gegriffen werden wird.

Die Reſolution wird angenommen. Beim Capitel „Stempel“ beantragt Abg. Dworſki eine Reſolution, betreffend die Vorlage eines neuen Gebührengesetzes, welche an den Budget-Auſſchuſſ gewieſen wird.

Beim Capitel „Lotto“ beantragt Abg. Roſer eine die Aufhebung des kleinen Lotto bezweckende Reſolution, welche vom Abg. Löblich unterſtützt und dem Budgetauſſchuſſe zugewieſen wird. Die vom Auſſchuſſe beantragte Reſolution, betreffend die Einſchränkung des Lottos, wird angenommen.

Abg. Kronawetter ſpricht ſich gegen jene Reſolution aus, welche die Aufhebung der Dicasterialgebäude-Direction verlangt, weil dieſe Maßregel ohne Vortheile für das Aerar wäre. Abg. Graf Clam befürwortet die Reſolution als praktiſch, worauf dieſelbe angenommen wird.

Die Capitel „Oberſter Rechnungshof“ und „Pensionſetat“ werden ohne Debatte eingeſtellt. Beim Capitel „Subventionen an Eiſenbahnen“ macht Abg. Hauſner auf den Uebelſtand aufmerkſam, welcher dadurch entſteht, daß die Directionen aller Eiſenbahnen ihren Sitz in Wien haben, auch diejenigen, die ihre Linien bloß in der Provinz haben. Dadurch werden die Koſten der Centralleitung und naturgemäß die Garantiezuſchüſſe des Staates erhöht. Er beantragt eine Reſolution wegen Verlegung der Direction der Albrechtbahn von Wien nach Lemberg und wegen Verlegung mindedeſtens der Centralbehörden und Materialverwaltungen der anderen Bahngesellſchaften nach dem Sitze ihres Betriebes.

Abg. Kronawetter beantragt eine Reſolution, wonach den garantierten Eiſenbahnen die Ausgabe und allen Staatsbeamten die Annahme von Freikarten zu unterſagen iſt. Abg. Ruß polemisiert gegen den Abg. Hauſner und bemerkt, er ſehe nicht ein, welcher Zusammenhang zwiſchen den Einnahmen und dem Sitze der Direction beſteht. — Nächſte Sitzung morgen 11 Uhr.

Ungariſcher Staatshaushalt.

Die Brutto-Einnahmen der ungarischen Staatskaſſen in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März d. J. belaufen ſich auf 46.653,444 fl. und betragen ſomit um 3.339,088 fl. weniger, als in derſelben Periode des Vorjahres. Sie ſtellen ſich im Vergleiche mit jenen des gleichen Quartals von 1879 günſtiger: bei dem Stempelgeſälle mit 36,613 fl. 24 1/2 kr., bei den Rechtsgebühren mit 102,490 fl. 80 kr., bei dem Tabakgeſälle mit 247,756 fl. 58 1/2 kr., bei dem Salzgeſälle mit 72,207 fl. 19 1/2 kr., bei der Staatsdruckerei mit

64,850 fl. 47 kr., bei den tranſitorischen Einnahmen und aus dem Verkaufe der Staatsgüter mit 328,040 fl. 34 1/2 kr. und bei dem Poſtgeſälle mit 60,746 fl. 47 1/2 kr., im ganzen aber günſtiger mit 929,911 fl. 82 kr. Bei den übrigen Empfangstiteln zeigt ſich hingegen eine Mindereinnahme von 4.269,000 fl. 42 kr., weſhalb im ganzen eine Mindereinnahme per 3.339,088 Gulden 60 kr. reſultiert. Von dieſer Summe entfällt auf die directen Steuern 2.551,684 fl. 1 kr. Dieſe Mindereinnahme findet ihre Erklärung in dem Umſtande, daß inſolge der ungunſtigen landwirthſchaftlichen Lage die Eintreibung der directen Steuern in vierzig Comitaten theils eingeſtellt, theils aber eingeſchränkt worden iſt. Ueberdieſ waren im erſten Vierteljahre 1879 die Einnahmen an directen Steuern aus dem Grunde außergewöhnlich günſtig, weil die regneriſche Witterung in den letzten Monaten des Jahres 1878 den Abſatz der Producte ſehr erſchwert hat und viele Steuerpflichtige ihre Schuld für das vierte Quartal 1878 demzufolge erſt in den erſten drei Monaten 1879 abgeſtattet haben.

Auf die Verzehrungssteuer entfällt von der oben ausgewieſenen Mindereinnahme ein Betrag von 480,562 fl. 12 kr., und zwar ein Theil auf die Brantweinsteuer und ein Theil auf die Zuckersteuer. Der auf die erſtere Steuerergattung entfallende Abgang von ungefähr 324,000 fl. findet ſeinen Grund in der ungewöhnlich ſchlechten Erdäpfelſeichung, inſolge deren der größte Theil der Erdäpfelbrennereien im erſten Vierteljahre 1880 ſchon den Betrieb eingeſtellt hat. Die auf die Zuckersteuer entfallende Mindereinnahme per 147,000 fl. muß auch der ſchwachen Rübenerte im Jahre 1879 zuſchrieben werden, inſolge deren die Dauer der Zuckerzeugung im Jahre 1879/80 im Vergleiche des Vorjahres ſehr kurz und daher auch die Steuergebühr viel kleiner war. Dieſer letztere Anfall beſteht übrigens nicht das Steuergeſälle, weil jener Theil des in dem Zuckerſteuergesetze feſtgeſtellten reinen Erträgniſſes, welcher in der Steuervorſchreibung keine Bedeckung findet, durch die Erzeuger mittelſt Nachtragzahlungen gedeckt wird. Die Mindereinnahme bei den Staatseisenbahnen und Fabriken rührt daher, weil inſolge der Mißernte des Jahres 1879 weniger Getreide zur Verfrachtung kam. Das ungunſtigere Erträgniſſ bei der Weinzecht-Abloſung mit 178,026 fl. 2 1/2 kr. muß dem bei den directen Steuern erwählten Grunde zuſchrieben werden, daß mit der Eintreibung dieſer letzteren auch die executive Einhebung der Zehtabloſungsgebühren im größten Theile des Landes eingeſtellt werden mußte.

Die Ausgaben ſind im ganzen mit 170,580 fl. 42 kr. ungunſtiger. Indem jedoch die Occupationsauslagen im erſten Quartal 1880 um 4.001,208 fl. 4 kr. kleiner ſind, als jene in derſelben Periode von 1879, ſo zeigt ſich bei den übrigen Titeln eine Mehrausgabe von 4.171,788 fl. 46 kr., welche übrigens gänzlich auf die Zinſen der Goldrente entfällt, weil die Mehrausgabe dieſes Titels 6.748,379 fl. 60 kr. beträgt, hievon abgerechnet die inſolge Convertierung der 153-Millionen-Anleihe wegfallenden Zinſen per 2.612,647 fl. 47 kr., ferner abgerechnet die Zinſen per 364,281 fl. 39 kr. der aus der Goldrente gedeckten ſchwebenden Staatſchuld, zeigt ſich die factiſche Mehrausgabe der Goldrente per 3.771,450 fl. 74 1/2 kr. Die hier angeführten Ziffern laſſen den bisherigen Verlauf der Finanzgebarung Ungarns im heurigen Jahre als einen ganz normalen erſcheinen. Die Einnahme aus den directen Steuern entſprechen den theoretiſchen Verhältniſſen, und die Ausfälle bei der Verzehrungssteuer ſind derart, daß ſich ihre Ausgleichung in den folgenden Quartalen erwarten läßt. Erfüllen ſich die Hoffnungen, welche man inbezug auf dieſejährigen Ernte hegt, dann darf Ungarn wohl mit Zug und Recht auf eine ſehr zufriedenſtellende Geſtaltung ſeines Stats für die laufende Verwaltungsperiode rechnen.

Zur Situation in Deutſchland.

Der Conflict zwiſchen dem Fürſten Biſmarck und Hamburg beginnt ſeiner Folgen wegen in Oeſterreich nachgerade direct zu intereſſieren. Nicht nur, daß § 4 der Elbeſchiffahrtsacte bedroht iſt, weil die Reichsregierung die Zollgrenze auf das Waſſer unterhalb Hamburgs verlegen und damit auf Hamburg eine Preſſion zur Aufgabe ſeiner Freihaſenſtellung ausüben will. Die Reichstagscommiſſion beſchloß nun auf Antrag Delbrück's, daß die Aenderung der Zollgrenze nur in Vereinbarung mit dem Reichstage erfolgen könne, eine Entſcheidung, die Herr v. Hofmann als gleichbedeutend mit der Verwerfung des Reichstages Artikels erklärte. Der Präſident des Reichstages amtes fügte denn auch weiter bei, der Reichstage würde dann eventuell auch den aus dem Reichstage zurückgelangenden Handelsvertrag mit Oeſterreich ablehnen. Bamberger erklärte, letzteres wäre gleichgültig, da der Vertrag ohnehin inhaltlos ſei, während Graf Udo Stollberg doch namentlich wegen des Zollartikels auf den Vertrag Wert legte. Der Reichstag ſehr ernt und dem Vernehmen nach, dieſen Conflict ſehr ernſt als ſoll erklärt haben, daß er den vorerwähnten Beſchluß als Eingriff in die Rechte des Bundesrathes anſehe.

zugewendet, und dadurch hat das Denkmal keinen Hintergrund. Man ſagt, dieſe Aufſtellung ſei deſhalb erfolgt, weil einer der Beſitzer der Privatpaläſte es gewünscht. Die drei Beſitzer der angrenzenden Privatpalaſte haben nämlich zuſammen 20,000 fl. für das Denkmal geſpendet, und dafür ſoll ſich der eherner Beethoven nun dankbar zeigen. Unglaublich, aber wahr!

Wenn übrigens einmal ein Fremder kommen und von einem „Hirſchauerſtück“ ſprechen ſollte, ſo möge ihm bedeutet werden, daß dieſesmal den Gemeinderath keine Schuld trifft. Dieſe hochachtbare Körperschaft ſorgt ſchon dafür, daß man dieſes nicht immer vor ihr ſagen kann. Vor kurzem hieß es, der Bürgermeiſter wolle zur Feier der Verſöhnung der Parteien im Gemeinderathe dieſem ein Bankett im Curſalon geben. Ich weiß nicht, welcher Spafsvogel dieſe Notiz in ein Blatt geſchmuggelt hat; einige Tage ſpäter war wieder von einem kleinen Scandale zu leſen, der im Schoße der Communalvertretung ſtatgefunden und obige Notiz in eigenthümlicher Weiſe illuſtrirte. Ein Gemeinderath hatte einen abweſenden Collegem beſchuldigt, gelogen zu haben, worauf ein anderer Stadtvater replicirte, daß es nichts Gemeineres gebe, als einen Abweſenden, der ſich nicht vertheidigen kann, zu verdächtigen. Hierauf erhob ſich ein allgemeiner „Sturm das Unwillens“, wie er in unſerer Rathſtute öfter vorkommt. Daß dieſe Scene ſich wenige Tage nach Einführung der neuen Gemeinderäthe abſpielte, eröffnet eine recht intereſſante Perſpective in die Zukunft. Wenn einmal das enfant terrible des Gemeinderathes wieder warm geworden ſein wird, dann können wir auch wieder recht nette Sachen erleben.

Zwei Kriſen, welche die letzte Zeit her den allgemeinen Geſprächsſtoff bildeten, die Kriſe des Stadt-

theaters und die Hoſopern-Kriſe, werden jetzt endlich ihr Ende erreichen. Am 14. Mai findet die außerordentliche Generalverſammlung der Gründer des Stadttheaters ſtatt, in welcher über das künftige Schickſal dieſes Kunſttempels entſchieden wird. Es iſt kein Zweifel, daß es zur Verpachtung kommt, und es iſt wahrſcheinlich, daß Herr Teweſe vom Carltheater den Pacht übernehmen wird. Es ſind übrigens eine Menge von Offerten eingelaufen, ein Beweis, daß es Leute genug gibt, welche der Meinung ſind, man könne im Stadttheater Geld verdienen. Auch die Beſitzerin einer Theaterschule, Frau Grey, befindet ſich unter den Bewerbern; dieſelbe bildet ſich ein, daß ſie allein imſtande ſei, aus dem Stadttheater „etwas zu machen“; was es aber ſein wird, darüber iſt ſie ſich ſelbſt noch nicht klar. Unmöglich iſt es nicht, daß Herr Zauner in Gemeinſchaft mit Teweſe den Pacht übernimmt, denn derſelbe hat gethan, was er unter den jetzigen Verhältniſſen thun mußte — er hat ſeine Demiſſion gegeben. Vorgeſtern nachmittags ſollte eine Conferenz des neuen Intendanten mit dem Director der Oper ſtattfinden, anſtatt des letzteren aber lief ein geſchriebener Schreibebrief ein, in welchem geſagt war, der Schreiber lege ſeine Stelle nieder und bitte, dieſes dem oberſten Chef, dem Oberſthofmeiſter Fürſten Hohenlohe, mitzutheilen. Der Schritt mag Herrn Zauner etwas ſchwer geworden ſein, denn eine Stelle, mit welcher 6000 fl. Wage, 6000 fl. Functionszulage und 3000 fl. Wagengeld verbunden ſind, gibt man nicht ſo leichtens Herzens auf. Das einzige, was Herrn Zauner tröſten kann, iſt das große Deficit, das er hinterläßt und mit deſſen Bewältigung ſich Freiherr v. Hofmann ebenfalls eine ſchwere Aufgabe geſtellt hat.

Lewis.

Die Hansestädte sind angeichts der ihnen drohenden Gewaltthaten in kolossaler Aufregung. Ein an den Bundesrath gerichteter Protest gegen die Zollverleibung hat in Hamburg nichts weniger als 57,000 Unterschriften erhalten. 6000 Bewohner von St. Pauli selbst haben einen „Nothschrei“ an den Senat erhoben. Die hamburgische Bürgerschaft schließt sich der vom Senate eingelegten Rechtsverwahrung an. In den gehaltenen Reden wurden namentlich Worte, daß man von dem schlecht berichteten Mächtigen appellieren wolle an den besser zu Unterrichtenden, sowie daß jeder Deutsche feste Hoffnung hege, des Reiches Macht werde dem Rechte jedes Reichsangehörigen zum Schutze dienen, lebhaft applaudiert. Das alles wird den Kanzler an der Verfolgung seines Planes nicht hindern; er erklärt, technische Concessionen eventuell zu machen, in der Verfassungsfrage aber fest zu bleiben.

In Verbindung mit dieser Tagesfrage steht auch ein unerquicklicher Austritt, der bei der letzten Kanzler-Soirée zwischen Bismarck und dem bairischen Generalen v. Rudthardt stattfand, und von dem in parlamentarischen und diplomatischen Kreisen viel gesprochen wird. Derselbe bezog sich auf Äußerungen, welche Rudthardt im Bundesrathe über die formelle Behandlung der Frage gethan hatte; er soll erklärt haben, er habe bezüglich des Hamburg'schen Antrages noch keine Instruction, würde aber, falls statt dessen, was auch von anderer Seite angeregt war, eine bloße Zuziehung des Verfassungs-Ausschusses zum dritten und vierten Ausschusse beschlossen würde, dem zustimmen können, da er glaube, daß, wenn ein Bundesstaat sich in seinem Verfassungsrecht tangiert fühle, man ihm die Discussion dieser Frage nicht verschließen dürfe. In der Soirée wurde Rudthardt deshalb von dem Kanzler hart angelassen, der ihm sogar vorwarf, daß er gegen ihn conspiriere. Der Vorgang spielte sich vor vielen Zeugen ab, und man glaubt, daß Rudthardt bald seinen Posten aufgeben werde, zu dem er bekanntlich als Persona grata des Kanzlers und als Mann von anerkannter Reichstreue berufen worden war.

Der Reichstags-Schluss wird Montag oder Dienstag erwartet. Sodann wird der preussische Landtag zu einer Nachsession zusammenzutreten. Was das Arbeitspensum für denselben betrifft, so scheint eine Hauptaufgabe die kirchenpolitische Vorlage zu bilden, welche der Kanzler auf seiner Soirée in Aussicht gestellt hat; es würde sich dabei um gesetzliche Ermächtigung zur Sistierung gewisser Bestimmungen der Mai-Gesetze handeln. Die Session, die ursprünglich nur zur Erledigung der Verwaltungsorganisation einberufen werden sollte, würde damit, wie die „National-liberale Correspondenz“ bemerkt, eine außerordentlich erweiterte Bedeutung gewinnen und voraussichtlich auch eine ansehnliche Zeitdauer in Anspruch nehmen. Die kirchliche Frage involviert eben den Schlüsselstein der ganzen politischen Situation. Es wäre augenblicklich, wo über den eigentlichen Charakter und den Inhalt der beanspruchten Ermächtigung kaum die dürftigsten Umrisse vorliegen, voreilig, sich über das beabsichtigte gesetzgeberische Vorgehen der Regierung ein abschließendes Urtheil bilden zu wollen. Die liberale sowohl wie die ultramontane Presse hat sich bisher gegen den Vorschlag ziemlich kühl und ablehnend verhalten, denn es fehlen heute noch zu sehr die Anhaltspunkte für die Antwort auf die Frage, ob der kirchliche Friede, wie ihn die Regierung im Auge hat, ein solcher ist, dem auch von liberaler Seite zugestimmt werden kann, oder ein solcher, der nur auf den Schultern von Conservativen und Centrum zu errichten ist.

Elfsass-Lothringen hat bekanntlich ebenfalls seine Sprachfrage. Deutsche Blätter hatten es als auffällig hervorgehoben, daß in der letzten Session des Landesausschusses die meisten Mitglieder desselben sich der französischen Sprache bedienten. Die officiöse „Elfsass-Lothringer Zeitung“ sucht nun diese Nachsicht des Statthalters zu rechtfertigen, indem sie hervorhebt, die officiöse Sprache der Landesvertretung sei die deutsche, in welcher auch alle Vorlagen und die Sitzungsberichte verfaßt werden. Der Gebrauch der französischen Sprache werde mit der Zeit abnehmen, lasse sich aber nicht verbieten, da die derzeitigen Abgeordneten zum größten Theile der deutschen Sprache nicht mächtig seien. Ein Zwang lasse sich daher nicht ausüben, ohne einen erheblichen Theil der Versammlung mundtot zu machen. Die „Elfsass-Lothringische Zeitung“ zweifelt, ob eine derartige Behandlung der Sache für die politische Entwicklung im Reichslande dienlich wäre, und nicht minder daran, ob eine unter solchen Umständen vorgenommene Neuwahl nur deutsch redende Abgeordnete in den Landesausschuß bringen würde. In solchen Fragen sei die wachsende Einsicht der beste Zwang.

Tagesneuigkeiten.

— (Extragnis der „Vindobona.“) Eine Deputation des Wiener Journalisten- und Schriftstellervereins „Concordia“ hat vorgestern dem Präsidenten des Carrouffels, Grafen Hanns Wilczel, als erste Rate des Reinertragnisses, welches mit dem Festblatte „Win-

dobona“ erzielt wurde, die Summe von 10,000 fl. überbracht. Der Graf dankte herzlich im Namen der Armen Oesterreichs, denen bekanntlich sowohl das Ergebnis des Carrouffels wie der „Vindobona“ zufließt, und nahm mit Freude die Mittheilung entgegen, daß die „Concordia“ schon in der allernächsten Zeit abermals einen größeren Betrag abzuliefern in der Lage sein werde.

— (Eine bürgerliche Trauung per procura.) Am 1. Mai hat sich in Wien der gewiß höchst seltene Fall ereignet, daß eine bürgerliche Trauung per procura stattgefunden hat. Der Bräutigam ist Militärintendant in Serajewo, Namens Victor Damisch, die Braut ist die 24-jährige Bürgerstochter Ottilie Franz. Der Bräutigam ist nicht in der Lage, von Serajewo nach Wien zu kommen; die Braut kann wieder nicht dorthin reisen, weil angeblich in ganz Serajewo keine entsprechende Wohnung aufzutreiben ist. Sie bleibt daher in der elterlichen Wohnung, bis in der einen oder anderen Beziehung diesfalls Ordnung geschaffen wird. Der Bräutigam erhielt die Erlaubnis sowohl von der Militärgeistlichkeit als vom k. k. Generalcommando in Serajewo ohne Schwierigkeit. Auch in Wien gieng es viel leichter, als man vermuthet hatte. Pfarrer Urban am Schottenfeld war zwar bei dem ersten Ansuchen überrascht, da ihm während seiner langjährigen Praxis — er ist bereits fünfzig Jahre Priester — noch nie ein solcher Fall vorgekommen war, trotzdem er schon mehr als 9600 Paare getraut hatte. Er wendete sich an das fürstbischöfliche Consistorium, und dieses, um ganz sicher zu gehen, legte das Ansuchen der niederösterreichischen Statthalterei zur Entscheidung vor, die auch bald erfolgte. Als Bräutigam per procura fungierte der Secretär des Wiener Magistrates und Schwager der Braut, Josef Silberbauer. Gleich nach der Trauung wurde der Trauungsschein, auf Victor Damisch und Ottilie Franz lautend, nach Serajewo abgesendet. Wann sich das junge Ehepaar zusammenfinden wird, ist noch unbestimmt.

— (Geflügel- und Vogelausstellung in Graz.) Am 6. d. M. wurde die vom Ersten steiermärkischen Geflügelzuchtvereine in Graz veranstaltete erste Ausstellung geschlossen. Als erster Versuch fiel dieselbe befriedigend aus, obgleich viele Mitglieder, welche mitunter ganz stattliche Geflügelhöfe besitzen, sich an derselben nicht beteiligten. Am meisten trug zu dem Gelingen des Unternehmens der Ehrenpräsident Mag. Freiherr v. Washington bei, der nicht weniger als 30 Hähne und 56 Hühner verschiedener Sorte, ein sehr schönes Paar blauer Truthühner, 2 Riesengänse, 4 Paar Enten und 14 Paar Tauben ausgestellt hat. Im ganzen waren ausgestellt: an Hühnern verschiedener Sorten 100 Hähne und 188 Hühner, an Truthühnern nur 1 Paar, an Gänsen 4 Paare, an Enten 16 Männchen und 18 Weibchen, an Tauben 216 Paare, dann verschiedene Sing- und Biervögel, eine Sammlung von Lehrmitteln für Geflügel- und Vogelzucht, Tränken für Vögel, Tauben und anderes Geflügel, Käfige, Mistkästen, Futterforten, Brutkörbe u. dgl. Sehr schwach haben sich an der Ausstellung die adeligen Gutsbesitzer in Steiermark beteiligt. Außer dem Baron Washington haben nur die Fürstin Tiedl in Rheinthal, Graf Edmund Maldeghem und Baron Oscar Waßberg zu Padenstein Geflügel ausgestellt. Dagegen haben sich ziemlich viele auswärtige Händler beteiligt.

— (Fürchterliches Hagelwetter in Preßburg.) Freitag gegen 6 Uhr abends gieng in Preßburg ein seit Menschengedenken nicht erlebtes Hagelwetter nieder. Schloßen in der Größe von Hühneriern fielen durch eine Viertelstunde. Alle Fenstercheiben an der Nord- und Westseite wurden zertrümmert, Ziegel- und Schindeldächer wurden durchlöchert und abgedeckt. Eine Menge Vögel wurden erschlagen, Bäume kahl gemacht, Zweige abgeschlagen. Das Obst und die Wein-ernte sind gänzlich vernichtet.

Locales.

Aus der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Fort.)

III. Der Secretär berichtet über die Verwendung der vom Filialcomité der Pariser Weltausstellung zum Ankauf von Mustern, Modellen u. c. gesammelten Beiträge: Zur würdigen Durchführung der officiellen Betheiligung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder an der im Jahre 1878 in Paris stattgefundenen internationalen Ausstellung wurden die nöthigen Geldmittel von beiden Häusern des hohen Reichsrathes bewilliget, und es hat im weiteren die k. k. Centralcommission in Wien den Wunsch ausgesprochen, daß, um die Pariser Weltausstellung für unsere Industrie möglichst nutzbar zu machen, einer Anzahl von Arbeitern und kleineren Gewerbetreibenden sowie Fachlehrern, dann einigen Angehörigen des Handelsstandes Gelegenheit zum Besuche der Ausstellung geboten werde, und daß ein Ankauf von Mustern neuer, wichtiger Rohstoffe, Erzeugnisse, Werkzeuge und Maschinen stattfinde. Gleichzeitig fand sich dieselbe veranlaßt, zu bemerken, daß sie bereit ist, jenen Bezirken, in welchen die Kammer entweder aus eigenen Mitteln oder durch Subscriptionen Fonds für diesen

Zweck aufbringe, einen Betrag aus dem Ausstellungscrdite zuzuwenden.

Das Filialcomité hatte diesen Gegenstand in Erwägung gezogen und den Beschluß gefaßt, eine Subscription unter den Gönnern und Freunden des Gewerbeverbandes, dem Landesausschusse, dem Gemeinderathe, der krainischen Sparcasse u. c. zu eröffnen, um mit den gesammelten Beiträgen und den von der k. k. Centralcommission in Wien für Krain bestimmten Mitteln den Ankauf von Mustern, Modellen u. c. für die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule bewerkstelligen zu können. Die weitere Frage wegen Entsendung von Arbeitern u. c. nach Paris konnte jedoch — in Erwägung des Kostenpunktes für die Sendlinge und in weiterer Erwägung, daß die geringen Mittel, welche auf dem Wege der Subscription aufgebracht werden dürften, nur zum besagten Ankauf von Lehrmitteln ausreichend sein könnten — nicht die wünschenswerte Lösung finden.

Aus dem gesammelten Fonde von 865 fl. wurden folgende Gegenstände angekauft: a) Bohrmaschine mit Handbetrieb und selbstthätiger Steuerung; b) Handhobelmaschine, ganz von Eisen, mit selbstthätiger Steuerung; c) Dachstuhl; d) elliptische Treppe; e) freitragende gewundene Treppe; f) Sellers Kuppelung; g) Pfottdach mit zweifach liegenden Stuhlstützen und mit Hängewerkunterstützung der Firspfoße; h) Pfottdach mit verschiedenen Dachneigungen, zweifach stehenden Stuhlstützen und Firspfoße-Unterstützung; i) Deckenconstruction für Auswechslung von Dippeldecken; j) Auswechslung von Trandecken und k) Traversenverbindung. Diese Lehrmittel wurden der Direction der k. k. Oberrealschule in Laibach für die mit dieser verbundene gewerbliche Fortbildungsschule übergeben.

Der Bericht wurde von der Kammer zur genehmigenden Kenntnis genommen und beschlossen, den Spendern der Beiträge für den gedachten Fond über die Verwendung desselben Bericht zu erstatten.

(Fortsetzung folgt.)

— (Rohrschützengesellschaft.) Das am Schießstande der hiesigen Rohrschützengesellschaft am 6. d. M. stattgefundenene Kranzelschießen beehrte auch der Herr Landespräsident Winkler mit seinem Besuche. Derselbe wandte sich dem Oberschützenmeister Herrn Dr. Ritter v. Stöckl mit einer Ansprache begrüßt, die der Herr Landespräsident dankend erwiderte, indem er gleichzeitig die von den anwesenden Schützen freudigst aufgenommene Erklärung hinzufügte, daß er der Gesellschaft als deren Mitglied beitreten wolle.

— (Zur Landtagswahl.) Für die am 14ten d. M. in den unterkrainischen Landgemeinden stattfindende Ergänzungswahl eines Abgeordneten des krainischen Landtages an Stelle des verstorbenen Grafen Barbo-Wagenstein beabsichtigt die nationale Partei Herrn Peter Grasselli als ihren Candidaten aufzustellen.

— (Militär-Personalveränderungen.) Der Oberarzt in der Reserve des Infanterieregiments Freiherr v. Kuhn Nr. 17, Dr. Gustav Fischer, wurde in den Activstand des k. k. Heeres als Berufs-Militärarzt überfetzt und gleichzeitig zum Uhlaneregimente Kaiser Franz Josef Nr. 1 eingetheilt. — Der Hauptmann erster Klasse vom Activstande der k. ungarischen Landwehr Sigismund Wachtl wurde zum Major und Commandanten des 77. Honvedbataillons befördert.

— (Die Beethoven-Denkmal-Medaille.) welche, wie wir vorgestern berichteten, vom Beethoven-Denkmal-Comité in Wien der philharmonischen Gesellschaft in Laibach zugesandt wurde, liegt nebst der Monumentphotographie in der Handlung des Herrn Carl Till durch einige Tage zur Besichtigung auf.

— (Kindesmord.) Die 27-jährige ledige Grundbesitzerstochter Katharina Logar aus Sleindorf bei Radoviza im Gerichtsbezirke Mödling hatte am 15. v. M. ein nach der gepflogenen gerichtsarztlichen Untersuchung lebend zur Welt gekommenes Kind geboren, welches jedoch kurze Zeit darauf auf eine bisher noch nicht festgestellte Weise infolge Erstidung gestorben ist, worauf die Mutter die Leiche des Kindes in dem neben ihrem elterlichen Hause befindlichen Garten begrub. Die Gendarmerie, welche von diesem Vorfalle Kenntniß erlangt hatte, erstattete hievon die gerichtliche Anzeige, infolge dessen das genannte Mädchen wegen Verdachts des Kindesmordes in Haft genommen wurde. Ob hier nur ein Fall strafbarer Geburtsverheimlichung oder ein wirklich verübter Kindesmord vorliegt, wird von dem Ergebnisse der eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung abhängen.

— (Waldbrand.) In der Nähe der Ortschaft St. Ulrich im Littauer Bezirke, woselbst am Sonntag, den 25. v. M., das Kirchweihfest abgehalten wurde, entstand an diesem Tage in den Nachmittagsstunden, wahrscheinlich durch die Unvorsichtigkeit eines Passanten, ein Waldbrand, der bei dem herrschenden Winde leicht bedrohliche Dimensionen hätte annehmen können, jedoch durch die rasche Hülfeleistung der Ortsbewohner und die Intervention zweier anwesenden Gendarmen bis gegen 9 Uhr abends unterdrückt wurde, ohne eine bedeutende Vernichtung des Waldbestandes verursacht zu haben. Beschädigt wurden durch den Brand die Waldtheile zweier Grundbesitzer aus Pototschawas und eines Besitzers aus Leskoug.

(Für Eltern.) An der k. k. Militär-Unter- realschule in Eisenstadt wird mit Beginn des nächsten Schuljahres eine Parallellasse des dritten Jahrganges eröffnet, in welcher 30 Böglinge Aufnahme finden können.

(Süd- und Rudolfsbahn.) Dem Betriebs- ausweise der österreichischen Eisenbahnen für den Monat März d. J. entnehmen wir hinsichtlich der beiden, unser engeres Heimatland durchziehenden Verkehrsadern folgende Daten: Südbahn: Befördert wurden in diesem Monate 451,762 Personen und 344,917 Tonnen Frachten;

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Budapest, 9. Mai. Der Kronprinz empfing heute vormittags die Glückwünsche der Mitglieder des Reichstages, des Ministeriums, des Episkopats, des Gewerbevereins, des Frauenvereins vom Rothen Kreuze und der ungarischen Eisenbahnen.

Paris, 9. Mai. Nach einer Privatnachricht aus Constantinopel erbat sich der Sultan die Zustimmung des Baren zur Begnadigung des zum Tode verurtheilten Mörders des russischen Obersten Kummerau.

Wien, 8. Mai. Der Fortschrittsclub und der Club der Liberalen beschloffen, die Vertreter des ober- österreichischen Großgrundbesitzes aufzufordern, bei der Abstimmung über die Gültigkeit ihrer Wahl mitzu- stimmen.

Wien, 8. Mai. Das Abgeordnetenhaus beendigte die Budgetdebatte, nahm die Arlbergbahnvorlage, die serbische Eisenbahnconvention, die Begünstigungen für die Fischregulierungsgenossenschaften und die Ge- währung eines Staatsdarlehens für die Dux-Ostegger Kohlenwerksbesitzer an.

Wien, 9. Mai. (Mont.-Rev.) Die Landtage dürften für die ersten Tage des Monats Juni ein- berufen werden. Die Dauer ihres Beisammenseins wird natürlich von der Arbeit abhängen, die sie zu erledigen haben.

Klagenfurt, 8. Mai. (Presse.) Mehrere hundert Arbeiterinnen drohen der Bergwerksdirection im Werks- ort Bleiberg mit einem Strike und wollen wegen der Verlängerung der Arbeitszeit ohne Erhöhung des Tag- lohnes die Arbeit einstellen.

Prag, 8. Mai. Der „Politik“ zufolge werden etwa 15 czechische Abgeordnete, darunter die beiden Adamek, Roth und Greg, demnächst ihre Mandate niederlegen.

Prag, 8. Mai. In den Kreisen der deutschen Landtagsabgeordneten wird die Frage der Einberufung eines deutsch-böhmischen Parteitagcs ventilirt, der un- mittelbar nach dem Reichsrathsschlusse in einer deutsch- böhmischen Stadt zusammentreten soll.

Berlin, 8. Mai. Der Reichstag nahm in zweiter Lesung die Elbeschiffahrtsacte an. Delbrück em-

pfiehlt, der Vorlage mit dem Vorbehalte zuzustimmen, dass die derzeitige Elbezollgrenze nur durch ein Gesetz verlegt werden könne. Bismarck erklärte, in einem Vor- behalte eine PreSSION auf die Regierung zu erblicken. Man dürfe das verfassungsmäßige Recht des Bundes- rathes nicht schmälern, deshalb sei der von der Com- mission empfohlene Vorbehalt unannehmbar. Dem Bundesrath stehe das Recht der Begrenzung des Frei- hafengebietes von Hamburg zu. Bismarck bedauert das verstärkte Auftreten des Particularismus. Er hoffte, das Centrum für sich zu haben, und war deshalb zu Zugeständnissen bereit, welche im preussischen Landtage zur Sprache kommen sollen. Das einzige, was ihn in seiner Stellung hält, sei der Wille des Kaisers. Angesichts aller Hindernisse liege ihm der Wunsch nach Ruhe nahe. Hält man die Macht des Centrums für un- überwindlich, so würde er im Friedensinteresse rathen, bei seinem Rücktritte ein Ministerium zu wählen, das den Wünschen des Centrums und der Conservativen nachkommt. Er sei todtmüde, wenn er seine Bestre- mungen dauernd durchkreuzt sieht. Wolffson bekämpfte die Ausführungen Bismarcks. Windhorst hob hervor, das Centrum opponiere nicht aus Oppositionslust. Wenn der Reichskanzler den kirchlichen Frieden herstellt, werde er vieles erreichen, was jetzt unerreichbar sei. Fortsetzung der Debatte Montags.

Berlin, 7. Mai. Der „Reichsanzeiger“ enthält einen Erlafs des Fürsten Bismarck an die preussischen Gesandten bei den Bundesstaaten, betreffend die Ham- burger Frage. Derselbe constatirt den einstimmigen Beschluss der Bundesrath-Ausschüsse, nur über die technische, nicht über die verfassungsrechtliche Seite der Frage dem Bundesrath Bericht zu erstatten. Die Aus- scheidung der preussischen Gebietstheile aus dem Ham- burger Freihafenbezirk sei ein unbestrittenes Recht Preussens. Die beabsichtigte Ausscheidung St. Paulis sei kein preussisches Interesse, da im Interesse Altonas das Verbleiben St. Paulis außerhalb des Zollvereins wünschenswert ist; mehr im Interesse Hamburgs sei jene Zolllinie vorgeschlagen. Der Bundesrath könne die Zolllinie beschließen, ohne die Interpretation der Verfassung bis zu einem Conflict zu schärfen. Die Regierungen, welche durch die Abtrennung St. Paulis das Verfassungsrecht verletzt oder berührt glauben, können gegen den Antrag stimmen. Die Zolllinie fällt alsdann, wenn die Majorität dafür ist, mit der Preussisch- Hamburger Landesgrenze zusammen. Der Erlafs betont die Nothwendigkeit der ungetrübten Erhaltung der Einigkeit der Regierungen und hofft auf die Erledigung der Anträge Preussens und Hamburgs im Bundes- rathe durch eine Verständigung ohne die Entscheidung durch Majoritäten oder Minoritäten. Preussen werde jeden innerhalb der Reichsverfassung sich bewegenden Antrag gern erwägen, vorausgesetzt, dass die Bundes- regierungen darüber einig sind, den Versuchen einiger Reichstagsmitglieder zur Beschränkung der verfassungs- mäßigen Autorität des Bundesraths einmüthig ent- gegenzutreten.

Brüssel, 8. Mai. In der Kammer erklärte gelegentlich der Berathung der Verlängerung des Frem- dengesetzes der Justizminister, die Regierung werde das Gesetz anwenden, wenn die vertriebenen französischen Congregationen in Belgien sich niederzulassen versuchen würden.

London, 9. Mai. Infolge Berufung Harcourts in das Ministerium fand in Oxford eine Nachwahl statt, bei welcher Hall 2735 und Harcourt 2681 Stimmen erhielt. Harcourt verliert demnach seinen Sitz.

Madeira, 8. Mai. Der der Union-Company angehörige Postdampfer „American“ ist auf dem Wege nach dem Cap am 23. April in der Nähe des Aequa- tors untergegangen. Sämmtliche Passagiere und die Mannschaft schifften sich glücklich in acht Booten ein, von welchen drei von Schiffen aufgenommen, die übrigen fünf nach dem Cap Palmas gehend gesehen wurden.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 8. Mai. Papier-Rente 72.85. — Silber-Rente 73.50. — Gold- Rente 89.25. — 1860er Staats-Anlehen 130.—. — Bankactien 838.—. — Creditactien 276.10. — London 119.15. — Silber —. — k. k. Münz-Ducaten 5.62. — 20-Franken-Stücke 9.49. — 100-Reichsmark 58.65.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 8. Mai. Auf dem heutigen Markte sind er- schienen: 9 Wagen mit Getreide, 2 Wagen mit Heu und Stroh, 18 Wagen und 3 Schiffe mit Holz (32 Cubikmeter).

Table with columns for commodity names (Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linen, Erbsen, Fipolen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck) and their prices in various units.

Angekommene Fremde.

Am 8. Mai. Hotel Stadt Wien. Arkt, Berner, Kaufleute, und Wistlah. Wien. — Schmeller, Kfm., Reichenberg. — Busch, Weichsel- führer, Alfeld. — Zerol, Erlendorf. — Frantl, Kfm., Agram. — Kren, Kfm., Gottschee. — Walli s. Tochter, Neumarkt. Hotel Elephant. Kessel, Ingenieur, Beltweg. — Verona, Triest. — Ehrig, Dresden. — Bidmar, Pfarrer, Saitrach. — Langer, Beamter, Idria. Mohren. Govinski, Tischler, Triest. — Bärtran, Gerber, Neu- münster. — Hübner, Oelmilch. — Tuschel, Reich, Weichsel- führung. — Sanzon Maria, Rechnungsrath-Gattin, Zara. — Joller, Reich, Obertrain. — Balaja, Weinagent, St. Peter. — Lotar, Lederer, Haidenschaft. Baierischer Hof. Batovac, Kuhhändler, Triest. — Aufschin, Pferdehändler, Monza. Kaiser von Oesterreich. Knaflic, St. Marein.

Verstorbene.

Den 8. Mai. Paula Sibit, Arbeiterstochter, 4 Mon., Gradeczkhdorf Nr. 12, Atrophie. — Olga Mallner, Landesregie- rungs-Officialstochter, 3 Mon., Römerstraße Nr. 5, Lungen- lähmung. — Mariana Zerovsek, Brotverkäuferin, 60 J., Dier- gasse Nr. 2, Tuberculose. Den 9. Mai. Ebnard Raiss Edler v. Caliga, k. k. Oberst außer Dienst, Bahnhofgasse Nr. 39, Lungenlähmung. Im Garnisonsspitale: Den 7. Mai. Josef Dörich, Verpflegsfeldwebel, 47 J., Scorbut. — Mathias Peitovsek, Infanterist, 24 J., chronische Dickdarmverschwürung.

Lottoziehungen vom 8. Mai:

Wien: 78 53 77 10 39. Graz: 61 25 8 27 20.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns for date, time, barometer, temperature, wind, and weather conditions for Laibach.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsebericht. Wien, 8. Mai. (1 Uhr.) Die Börse verkehrte bei sehr mäßigem Geschäft in ziemlich freundlicher Haltung.

Large table of market data including bond yields (Papierrente, Silberrente), stock prices (Grundentlastungs-Obligationen, Actien von Banken, Actien von Transport-Unterneh- mungen), and exchange rates (Franz-Joseph-Bahn, Lombardische Eisenbahn, etc.).

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 72.80 bis 72.90 Silberrente 73.50 bis 73.60 Goldrente 89.15 bis 89.25